

Kommunales/Niederösterreich/50. Österreichische Gemeindetag/Pröll

50. Österreichische Gemeindetag in Wiener Neustadt

Utl.: LH Pröll: Die Bundesländer müssen europäischen Weg mitgestalten können =

St. Pölten (NLK) - "Das größere Europa braucht die kleine überschaubare Einheit. Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass die Bundesländer und die Gemeinden diesen europäischen Weg mitgestalten können", betonte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll heute beim 50. Österreichischen Gemeindetag in Wiener Neustadt. Über 1.700 Bürgermeister und Gemeindefunktionäre aus ganz Österreich waren zu dieser Jubiläumsveranstaltung in die Arena Nova in der "Allzeit Getreuen" gekommen. Das Motto des diesjährigen Gemeindetages lautete "Friede-Freiheit-Bürgernähe - Für ein Europa der Gemeinden". Niederösterreich sei auf Grund der geografischen Lage und der geopolitischen Situation extrem gefordert, so Pröll, gleichzeitig aber auch gut vorbereitet auf die neue europäische Perspektive. Entscheidend sei, dass diese gute Vorbereitung auch umgesetzt wird. Dafür müsse man alle Ressourcen in dieser Republik bündeln. Gleichzeitig dürfe der Österreichkonvent nicht für den Zentralismus missbraucht werden. Der Landeshauptmann ist auch überzeugt, dass die Subsidiarität der Republik notwendig ist.

Für Bundespräsident Dr. Thomas Klestil sind die Gemeinden Zentren hoher Lebensqualität, die wesentlich zum erfolgreichen Wiederaufbau nach 1945 beigetragen haben. Klestil: "Der europäische Gedanke muss auf den festen Fundamenten der Gemeinden ruhen". Gleichzeitig müsse das Netzwerk der Freundschaft und Hilfe, auch mit den neuen Partnern in der EU, weiter ausgebaut werden. Der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei und erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen in der EU, Reinhold Bocklet, sieht in diesem Österreichischen Gemeindetag eine Demonstration der kommunalen Selbstverwaltung. Europa brauche Gemeinden mit starker Selbstverwaltung und die Mitwirkung der Kommunen. Dazu zeichne die österreichischen Gemeinden ein starkes Engagement im Europäischen Ausschuss der Regionen aus.

Auch für Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel ist die Erfolgsgeschichte der Republik eine Erfolgsgeschichte der Gemeinden. Man werde die Gemeinden auch in Zukunft nicht "hängen" lassen. Der Bundeskanzler zeigte sich überzeugt, dass es, trotz der finanziellen Probleme aller Gebietskörperschaften, im nächsten Finanzausgleich eine gemeinsame Basis geben wird. "Ohne die Gemeinden gibt es kein Österreich", so Schüssel. Gleichzeitig sprach er sich gegen die Ganztagschulen, aber für eine flächendeckende Betreuung der Kinder aus, wo dies notwendig sei. Außerdem sollten für den Bildungsbereich klare Zuordnungen geschaffen werden, ähnlich der Verlängerung der Bundesstraßen. "Die eigentliche Botschaft der europäischen Idee ist "die Friedenssicherung", unterstrich Schüssel. Die Gemeinden können hier enorm viel beitragen.

~

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst
Tel.: 02742/9005-12163
<http://www.noel.gv.at/nlk>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0167 2003-09-19/12:59

~

191259 Sep 03

Gemeindetag 2 - Häupl: "Europa ist Realität in den Kommunen"

Utl.: Pröll für gemeinsames Auftreten der Gebietskörperschaften, um Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen
Wiener Neustadt/APA =

Brüssel sei geografisch gesehen relativ weit weg: "Aber Europa ist längst Realität in unseren Gemeindestuben", betonte heute, Freitag, Wiens Bürgermeister Michael Häupl (S) in seiner Funktion als Städtebund-Präsident beim 50. Gemeindetag in Wiener Neustadt.

"Wenn wir uns heute in unseren Städten und Gemeinden umsehen, dann können wir mit Recht stolz sein - wir müssen aber auch in die Zukunft schauen. Die EU-Erweiterung verändert die Normalität unserer Arbeit", so Häupl. Er warnte aber auch vor zu viel Einmischung aus Brüssel: "Das Letzte, was wir wollen, ist, dass man uns vorschreibt, wie wir unsere Wasserversorgung, den Nahverkehr oder etwa die Abfallentsorgung zu organisieren haben." Häupls Botschaft an die EU: "Lasst uns einfach unsere Arbeit machen."

Der Städtebund-Präsident unterbreitete den Gemeindevertretern das Angebot, "Schulter an Schulter" in die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen zu gehen: "Dann werden wir die Probleme lösen. Die aufgabenorientierte Finanzierung der Kommunen ist der Schlüssel."

Für ein Miteinander der Gebietskörperschaften sprach sich Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (V) aus: "Wir müssen die Kräfte bündeln, sonst freuen sich im Endeffekt die anderen, die dann das Geschäft machen, während wir untereinander streiten."

Aber auch eine schlankere Verwaltung sei eine Voraussetzung für Erfolg: "Wir haben keine Chance in Europa, wenn wir zu viel Ballast auf den Schultern tragen. Da und dort müssen wir noch entrümpeln." Entscheidend sei - vor allem für Niederösterreich - "ob man die gute Vorbereitung (auf die EU-Erweiterung, Anm.) umsetzen kann", so Pröll.

"Es erfordert weiterhin harte Arbeit, um im internationalen Ranking nach vorne zu kommen", hob Pröll hervor. Niederösterreich habe - als östliches Grenzland - "immer ein Quäntchen härter arbeiten müssen, um das Niveau der anderen Bundesländer zu erreichen."
(Schluss) trö/mk

APA0321 2003-09-19/12:50

191250 Sep 03

OTS0152 5 II 0254 NVP0002 WI

Fr, 19.Sep 2003

ÖVP/Gemeindetag/Voest/Schüssel

Schüssel: Zielsetzungen bei voest-Privatisierung zu 100 Prozent erreicht =

Utl.: Harter österreichischer Aktionärskern ist gesichert =

Wiener Neustadt, 19. September 2003 (ÖVP-PD) Die erfolgreiche Privatisierung der voestalpine begrüßte heute, Freitag, ÖVP-Bundesparteiobermann Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel bei seiner Rede am 50. Österreichischen Gemeindetag. "Der Bund soll sich auf die Aufgaben konzentrieren, die er kann. Das Führen von Produktionsbetrieben zählt nicht dazu. Darum ist die Privatisierung der voest der richtige Weg für das Unternehmen. Die Zielsetzungen bei der Privatisierung der voestalpine sind zu 100 Prozent erreicht", betonte Schüssel. Die voest sei sicher in mehrheitlich österreichischer Hand und habe eine klare und stabile Aktionärsstruktur. Durch die Privatisierung der voest sei ein harter österreichischer Aktionärskern entstanden. Als weiteren positiven Aspekt bezeichnete Schüssel, dass die Anteile der Mitarbeiter auf mehr als 10,2 Prozent aufgestockt seien und sich die Zahl der Kleinaktionäre verdoppelt habe. ****

"Chancen ergreifen", sei das Motto, das auch bei der EU-Erweiterung gelte, so Schüssel. Er betonte, dass besonders die Grenzregionen für die Erweiterung gerüstet sein müssten. Bis zum Jahr 2006 werde man darum von Seiten der EU eine dreiviertel Milliarde Euro und von Bund und Ländern nochmals 400 Millionen Euro in die Grenzregionen investieren.

Schüssel betonte am Gemeindetag die Bedeutung der Gemeinden bei der Kinderbetreuung. Er sprach sich für die Betreuung der Kinder aus, allerdings "die Wahlmöglichkeit ist hier eine Bedingung." Im Interesse der Zukunft gelte es auch in den Fragen der Altersbetreuung und der Gesundheitsversorgung gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, so Schüssel.

Rückfragehinweis: ÖVP Bundespartei, Abteilung Presse und Medien Tel.:(01) 401 26-420; Internet: <http://www.oevp.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0152 2003-09-19/12:42

~

191242 Sep 03

APA0212 5 II 0450

Fr, 19.Sep 2003

Kommunales/Gemeindegewand/Jubiläum/Kleinstil/Niederösterreich/Österreich

Gemeindetag - Kleinstil: Kommunen "Zentren hoher Lebensqualität" 1 BILD

Utl.: Europäischer Gedanke muss "im festen Fundament der kleinen Einheiten ruhen" =

Wiener Neustadt (APA) - "Für ein Europa der Gemeinden einzutreten, heißt die Zeichen der Zeit zu erkennen - Zentralismus und Abhängigkeit gehören als politische Kategorie überall der Vergangenheit an", betonte Bundespräsident Thomas Klestil heute, Freitag, beim 50. Österreichischen Gemeindetag in Wiener Neustadt. "Treten Sie auch international so geschlossen und konsequent auf, wie dies die Bürger erwarten. Sie werden es Ihnen danken", motivierte Klestil die rund 1.700 Delegierten in der Arena Nova.

Der europäische Gedanke müsse im "festen Fundament der kleinen Einheiten ruhen", bekräftigte der Bundespräsident: "Nur die Gemeinden Europas verfügen auch gemeinschaftlich über jene Möglichkeiten, ein europäisches Bewusstsein in den Herzen und Köpfen der Bürger zu verankern." Das gelte ganz besonders auch für jene Nachbarländer, die im kommenden Jahr Mitglieder der Europäischen Union werden. "50 Jahre Kommunismus haben dort durchwegs die Gemeindeautonomie ausgehöhlt", so Klestil, der deshalb die besondere Bedeutung der Partnerschaften österreichischer Gemeinden mit Kommunen in diesen Ländern hervorhob.

Friede fange vor der Haustür an, in der Intimität der kommunalen Nachbarschaft. Und er werde abgesichert durch einen kraftvollen Verbund der Gemeinden Europas. Und nur durch Bürgernähe werde in Zukunft jene Distanz abgebaut, die sich leider zwischen den komplizierten Strukturen der Europäischen Union und den Menschen aufzubauen droht, warnte das Staatsoberhaupt.

Zugleich erinnerte Klestil an die unmittelbare Nachkriegszeit, die eine "ganz besonders entscheidende Periode unserer Geschichte" gewesen sei und zu der die Gemeinden einen wichtigen Beitrag geleistet hätten: "Sie waren es, die das Überleben der Menschen in einem vom Krieg zerstörten und von den Besatzungsmächten kontrollierten Land gesichert haben. In den Gemeinden wurde die Lebensmittel-Versorgung organisiert, ging es um Wasser und elektrischen Strom, um Baumaterialien und Brennstoff, um Straßen- und Brückenreparatur."

Für alle Gemeinden gelte auch, dass damals die Staatsbejahung der Republik Österreich "von unten her" gelungen sei. Laut Klestil war es die Zeit "legendärer Bürgermeister, die ihre Freiheit riskierten, unermüdlich von früh bis spät unterwegs waren und einen zähen Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen führten".

Zu Beginn des dritten Jahrtausends haben die Kommunen mit einem Auftragsvolumen von rund drei Milliarden Euro "hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und gesichert". Sie wurden so "zu Zentren hoher Lebensqualität und kraftvollen Bürgersinns", unterstrich Klestil. Bester Beweis für die steigende Beliebtheit des Lebensraums "Gemeinde" sei die Tatsache, dass in einer Umfrage 44 Prozent der Österreicher angegeben hatten, in einer Gemeinde mit weniger als 2.000 Einwohnern leben zu wollen - die Großstadt bevorzugten hingegen lediglich 17 Prozent.

"Es sind die Gemeinden, die daher auch eine große Verantwortung für die solidarische Verwurzelung der Bürger haben", bekräftigte der Bundespräsident. Deshalb seien sie die besten Schulen der Demokratie. Klestil: "Die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung in der Verfassung - und die Erklärung des Gemeindebundes zur offiziellen Interessensvertretung - bedeuten daher die Anerkennung der Gemeinden im Stufenbau unserer Gesellschaft."

(Forts.) trö/mk

APA0212 2003-09-19/11:22

191122 Sep 03

OTS0140 5 II 0288 NLK0002 CI

Do, 18.Sep 2003

Kommunales/Niederösterreich/Gemeindetag/Wiener Neustadt

Jubiläumsgemeindetag in Wiener Neustadt

Utl.: Im Zeichen Europas und der Staatsreform =

St. Pölten (NLK) - Wiener Neustadt ist heute und morgen Schauplatz des 50. Österreichischen Gemeindetages, rund 1.700 Bürgermeister und Gemeindemandatäre aus allen Bundesländern nehmen an der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs teil. Der Jubiläumsgemeindetag steht unter dem Motto "Frieden, Freiheit und Bürgernähe. Für ein Europa der Gemeinden" und damit im Zeichen der EU-Erweiterung und des Dialogs mit den Gemeinden in den Beitrittsländern. Damit wird, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, auch die Rolle der österreichischen Gemeinden als Wegbereiter des neuen Europa unterstrichen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Präsidenten der NÖ Gemeindevertreterverbände der ÖVP und der SPÖ, Landtagsabgeordneter Mag. Alfred Riedl und Bernd Vögerle, verwies er auch auf die Sorgen der Kommunen und auf aktuelle Forderungen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Bundesstaats- und Verwaltungsreform. Mödlhammer bedauerte, dass von den 70 Mitgliedern des Österreich-Konvents nur vier vom Gemeinde- und vom Städtebund gestellt werden. Die Gemeinden seien bereit und in der Lage, zusätzlich Aufgaben zu übernehmen, müssten dafür aber auch die entsprechenden finanziellen Mittel erhalten.

Der Forderungskatalog der Gemeinden umfasst eine Bestandsgarantie gegen erzwungene Zusammenlegungen, eine Stärkung des ländlichen Raumes und der kleinen Gemeinden, die Verankerung der kommunalen Kernkompetenz für die Daseinsvorsorge in der Bundesverfassung (vor allem die Wasserversorgung darf nicht dem "freien Spiel der Marktkräfte" überlassen werden), einen Belastungsstopp für die Gemeinden, die Erhöhung des Anteils der Gemeinden am Gesamtabgabenertrag von derzeit 17 Prozent auf 18 Prozent und die verstärkte Mitsprache der Gemeinden auf europäischer Ebene.

Morgen werden beim 50. Gemeindetag auch Bundespräsident Dr. Thomas Klestil, Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und der bayerische Staatsminister und Vizepräsident des Rates der Regionen und Gemeinden Europas, Reinhold Bocklet, zu Wort kommen.

~

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst
Tel.: 02742/9005-12163
<http://www.noe.gv.at/nlk>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES
AUSSENDERS ***

~

OTS0140 2003-09-18/12:42

~

181242 Sep 03

APA0239 5 II 0224 F. APA0216/18.09 Do, 18.Sep 2003

Kommunales/Gemeindegewand/Jubiläum/Niederösterreich/Österreich

Gemeinden 3 - Resolution für "Frieden, Freiheit und Bürgernähe"

Utl.: Delegierte warnen vor "neuem wirtschaftlichen Zentralismus in
Europa"

Wiener Neustadt/APA =

Für "Frieden, Freiheit und Bürgernähe" sprachen sich die rund 1.700 Delegierten des 50. Österreichischen Gemeindetages in einer Resolution aus. Der bevorstehenden EU-Erweiterung stehe man sehr positiv gegenüber, forderte jedoch gleichzeitig entsprechende Voraussetzungen und Maßnahmen sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene ein und warnte vor einem "neuen wirtschaftlichen Zentralismus".

Der ländliche Raum dürfe in seiner Wirtschaftskraft und in seinen Funktionen, die er auch für die Menschen in den Ballungsräumen erfülle, nicht weiter geschwächt werden, hieß es in dem Papier. Weiters wurde eine Aufwertung der Gemeinden sowie eine Stärkung der lokalen Selbstbestimmung gefordert. Entsprechende Weichenstellungen seien im Rahmen des Österreich-Konvents und der kommenden Finanzausgleichsverhandlungen zu treffen. "Wir sind bereit dazu, mehr Aufgaben zu übernehmen - aber sicher nicht ohne finanzielle Abgeltung", ergänzte Gemeindegewand-Präsident Helmut Mödlhammer (V).

In der Resolution sprachen sich die Gemeindevertreter auch vehement für eine Bestandsgarantie von Kommunen und gegen "erzwungene Zusammenlegungen" aus. "Der ländliche Raum braucht funktionierende Vollgemeinden. Außerdem sind kleine Einheiten viel effizienter als viele selbsternannte Experten immer wieder behaupten", so Mödlhammer, der aber sehr wohl für eine vermehrte Kooperation zwischen den Gemeinden eintrat.

Zudem wird eine Verankerung der Kernkompetenz für die Daseinsvorsorge verlangt. Die Verantwortung für die Lebensgrundlage Wasser dürfe "nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden". In einer Umfrage haben sich kürzlich 88 Prozent der Befragten aus kleinen Gemeinden für die Wasserversorgung durch die Kommunen ausgesprochen.

(Schluss) trö/ws

APA0239 2003-09-18/11:22

181122 Sep 03

OTS0069 5 II 0437 NSN0002 Do, 18.Sep 2003

Politik/Gemeinden/Gemeindegewand/Niederösterreich

LHStv. Onodi zum 50. Österreichischen Gemeindegewand

Utl.: Politik "mit den Städten und Gemeinden" machen; Gemeindepolitik ist Lebensqualität für die Menschen =

St. Pölten, (SPI) - "'Politik mit Städten und Gemeinden' - Gemeindepolitik ist Lebensqualität für die Menschen! Der diesjährige Österreichische Gemeindetag hat im Vorfeld weitreichender und tiefgreifender Entwicklung in Österreich eine besondere Bedeutung. Anzusprechen sind hier nur beispielhaft die bevorstehende EU-Erweiterung, der Österreich-Konvent, die angespannte Finanzlage der Gemeinden und die bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen", so Niederösterreichs Gemeindereferentin LHStv. Heidemaria Onodi zum heute Donnerstag und morgen Freitag in der Arena Nova in Wiener Neustadt stattfindenden 50. Österreichischen Gemeindetag, zu dem rund 2.000 Delegierte aus ganz Österreich erwartet werden.****

Die bedrohliche Aushöhlung der Gemeindefinanzen, die kleineren Kommunen oft kaum mehr die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erlaube, ist wohl ein Schwerpunkt der Beratungen. Auf die Gemeinden kommen immer neue Problemstellungen und Aufgaben zu. Gleichzeitig wird die finanzielle Basis zur Bewältigung der laufenden und der neuen Herausforderungen vom Bund immer mehr geschmälert. "Leider ist eine Besserung der Situation nicht in Sicht", bedauert die NÖ Gemeindereferentin. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die Verlagerung der Mittel von den Gemeinden zum Bund, den Ausfall von Gemeindesteuern und nicht zuletzt einseitige steuerpolitische Maßnahmen des Bundes. Die berechtigte Forderung der Gemeinden und des NÖ Gemeinderessorts ist daher die Anhebung des Gemeindeanteiles am Gesamtsteuerertrag!

Ebenso gilt es mit dem Anlaufen der Beratungen im Österreich-Konvent eine klare politische Positionierungen der Gemeinden zu vertreten. "Ein klares Bekenntnis zur Autonomie der Gemeinde, das Festhalten am Subsidiaritätsprinzip sowie die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander sind hier besonders hervorstreichend. Die enge Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsabläufe ist mir hier von besonderer Wichtigkeit. Ebenso ist es die Sicherung der Daseinsvorsorge, welche eine zentrale Aufgabe der Gemeinde ist und auch bleiben muss. Hier gilt es sicherzustellen, dass auch künftig die flächendeckende Daseinsvorsorge finanzierbar bleibt. Eine Privatisierung, so beispielsweise der Trinkwasserversorgung, ist abzulehnen, zumal dies nur zu Verteuerungen für die Bevölkerungen und einer Verschlechterung der Versorgungsqualität führen würde. Ebenso wäre zu befürchten, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb dazu führt, dass sich der Markt die attraktiven Felder herauspicks und den Gemeinden die unrentablen, aber unverzichtbaren Aufgaben übrig bleiben", so Onodi weiter.

Immer wichtiger wird auch die Rolle der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor. Während der Bund seine Investitionen zurückschraubt, haben die Gemeinden trotz Sparzwänge ihre Investitionstätigkeit beibehalten. "Die Gemeinden sichern mit ihren Investitionen schließlich die Lebensqualität und die Daseinsversorgung der Menschen. Hier würde weiteres Sparen und Kürzen nur zu Lasten der Menschen gehen. Auch aus diesem Grund muss die finanzielle Basis der Gemeinden wieder verbessert werden", so Onodi, die am Freitag an den Beratungen des Österreichischen Gemeindetages teilnehmen wird.

(Schluss) fa

~

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ
Mag. Andreas Fiala
Tel: 02742/9005 DW 12794
Handy: 0664 20 17 137
mailto:andreas.fiala@noel.gv.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

~

OTS0069 2003-09-18/10:47

~

181047 Sep 03

Kommunales/Gemeindegewand/Jubiläum/Österreich/Niederösterreich

Gemeinden wollen mehr mitreden 1

Utl.: 50. Österreichischer Gemeindegewand in Wiener Neustadt eröffnet -
Mödlhammer fordert mehr Mitbestimmung für Kommunen in der EU =

Wiener Neustadt (APA) - Österreichs Gemeinden wollen mehr mitreden. Das sagte Gemeindegewand-Präsident Helmut Mödlhammer (V) am Donnerstag in einer Pressekonferenz anlässlich der Eröffnung des 50. Gemeindegewandes in der Arena Nova in Wiener Neustadt. An der zweitägigen Veranstaltung nehmen mehr als 1.700 Kommunalpolitiker teil. Mödlhammer forderte nicht nur mehr Mitsprache ein, sondern hob auch die Bedeutung der Gemeinden in der Europäischen Union hervor. Große Sorge bereitet ihm die triste finanzielle Situation vieler heimischer Kommunen.

"Die Gemeinden sind zu stabilen und innovativen Faktoren in unserem Land geworden", so Mödlhammer. Der Gemeindegewand sei eine "Einheit", in der es keinerlei parteipolitische Abspaltungen gebe: "Es trennt uns kein Millimeter, wenn es um die Anliegen der Gemeinden geht."

Die österreichischen Kommunen seien längst Vorbild für andere Nationen: "Immerhin wollen zwei Drittel der Österreicher in einer Gemeinde unter 5.000 Einwohner leben", zeigte sich der Präsident stolz. "Wir sind die Wegbereiter für ein gemeinsames Europa." Dennoch plagten ihn ernste Sorgen: Vor allem für kleinere Gemeinden in exponierten Regionen ist die finanzielle Lage alles andere als rosig.

Deshalb fordert der Gemeindegewand nicht nur mehr Mitbestimmung in der EU (nur vier von 70 Mitgliedern im EU-Konvent sind Gemeindevertreter), sondern auch eine Erhöhung des Anteils der Kommunen am Gesamtabgabenertrag, der 2001 mit 17 Prozent einen "historischen Tiefstand" erreicht habe. "Den kleinen und benachteiligten Gemeinden muss finanziell stärker unter die Arme gegriffen werden", so Mödlhammer, der eine Rückkehr zum 18-Prozent-Schlüssel im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen forderte.

(Forts.) trö/ws

APA0196 2003-09-18/10:35

181035 Sep 03

Kommunales/Österreich/Niederösterreich/Vorschau

2.000 Delegierte beim 50. Österreichischen Gemeindegewand erwartet

Utl.: Klestil, Schüssel, Ferrero-Waldner, Pröll und Häupl unter den
Gästen in Wiener Neustadt =

Wiener Neustadt (APA) - Die Arena Nova in Wiener Neustadt ist am Donnerstag und Freitag kommender Woche (18. und 19. September) Schauplatz des 50. Österreichischen Gemeindegewandes. Der Österreichische Gemeindegewand und die NÖ Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ als Veranstalter erwarten 2.000 Delegierte. Zu den Referenten am Freitag werden auch Bundespräsident Thomas Klestil, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (V), Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (V) sowie die Landeshauptleute Erwin Pröll (V) und Michael Häupl (S) zählen.

Die Gemeindevertreter mit Gemeindegewand-Präsident Helmut Mödlhammer an der Spitze werden sich in Wiener Neustadt u.a. mit Themen wie EU-Erweiterung und deren Auswirkungen, der Frage, ob die Kommunen eingehobene Getränkesteuer refundieren müssen, dem Österreich-Konvent und dem Finanzausgleich befassen. Als Referent in Wiener Neustadt angesagt ist auch der bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Reinhold Bocklet.

(Schluss) we/si

APA0235 2003-09-09/12:04

091204 Sep 03

OTS0121 5 II 0192 NLK0011 WI

Fr, 16.Mai 2003

Kommunales/Niederösterreich/Interkommunaler Gemeindetag

Kooperationen als Chance für Gemeinden

Utl.: Interkommunaler Gemeindetag in Groß-Siegharts =

St.Pölten (NLK) - Kooperationserfahrungen für Gemeinden standen kürzlich im Mittelpunkt des Interkommunalen Gemeindetages in Groß-Siegharts im Bezirk Waidhofen an der Thaya. An die 100 Kommunalpolitiker, Bedienstete der Gemeinde- und Landesverwaltung sowie Regionalentwickler aus ganz Niederösterreich nutzten dabei das praxisbezogene Informationsangebot. Acht Workshops standen für eine vertiefende Auseinandersetzung mit Spezialthemen zur Auswahl - von den Chancen und Risiken im kommunalen Finanzmanagement über kommunale Standortinformationssysteme als Basisvoraussetzung im Wettbewerb der Regionen bis zur Rolle der Gemeinden in der grenzüberschreitenden Arbeit.

"Die Gemeinde muss die erste Service- und Anlaufstelle der öffentlichen Hand für den Bürger bleiben", betonte Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes. Kooperationspotenzial für Kommunen sah er vor allem bei Infrastrukturprojekten. Weil die Aufgaben zusehends mehr, die Finanzen allerdings tendenziell weniger werden, forderte Mödlhammer eindringlich neue Aufteilungskriterien beim Bundes-Finanzausgleich.

"47 Kleinregionen sind eine niederösterreichische Erfolgsstory", zeigte sich Dipl.Ing. Ilse Wollansky (Abteilung Raumordnung beim Amt der NÖ Landesregierung) überzeugt. Vor allem die Etablierung von eigenen Kleinregionsmanagern habe die Entwicklung von Projekten beflügelt.

Nähere Informationen bei der Wallenberg & Linhard Regionalberatung GmbH unter der Telefonnummer 02982/4521-18 bzw. unter uschi.poindl@regionalberatung.at.

Rückfragehinweis: Wallenberg & Linhard Regionalberatung GmbH
Tel.: 02982/4521-18

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0121 2003-05-16/11:45

~

161145 Mai 03

APA0457 5 II 0130 AI

Mi, 14.Mai 2003

Kommunales/Veranstaltung/Tirol/EU

Innsbruck richtet Europäischen Gemeindetag 2006 aus

Utl.: Drei Mitbewerber ausgestochen =

Posen/Innsbruck (APA) - Innsbruck hat den Zuschlag für den Europäischen Gemeindetag 2006 erhalten. Dies wurde beim diesjährigen Gemeindetag im polnischen Posen beschlossen, teilte das Rathaus am Mittwoch mit.

Bereits im ersten Anlauf sei es gelungen, sich gegen die Mitwerber Turin, Malmö und Arhus durchzusetzen. "Gerade in der Zeit des europäischen Neubaus gilt es, die Interessen der Städte und Gemeinden mit Entschiedenheit zu verteidigen. Österreich wird in der ersten Hälfte des Jahres 2006 wieder den Vorsitz in der 'neuen' europäischen Union innehaben. Daher ist die 'Alpenhauptstadt' Innsbruck nicht zuletzt deshalb der richtige Ort, um kraftvoll am Neubau Europas mitzuwirken und die Interessen der Städte und Gemeinden zu vertreten. Innsbruck kann damit auch wieder seinem Ruf als internationaler Treffpunkt und als Stadt der Begegnung gerecht werden", erklärte Bürgermeisterin Hilde Zach.

(Schluss) gr/mk

APA0457 2003-05-14/14:30

141430 Mai 03

OTS0027 5 II 0318 NLK0007 WI

So, 06.Apr 2003

Innenpolitik/Niederösterreich/Partnerschaft Land - Gemeinden/Pröll

Natürliche Partnerschaft Land - Gemeinden

Utl.: LH Pröll: Top-Region braucht Top-Gemeinden =

St.Pölten (NLK) - "Das Land Niederösterreich ist letztlich die Summe seiner 573 Gemeinden", betonte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll am Sonntag in der Radiosendung "Forum Niederösterreich". Zwischen dem Land und den Gemeinden bestehe eine natürliche, vor allem eine lebendige und funktionierende Partnerschaft. Sie habe in der Vergangenheit große Fortschritte und Erfolge ermöglicht und sei eine wichtige Basis, um die großen Herausforderungen von morgen bewältigen zu können. Pröll: "Wenn wir uns vorgenommen haben, uns unter den Top-Regionen Europas zu etablieren und gleichzeitig als Insel der Menschlichkeit weiter zu entwickeln, dann brauchen wir dazu Top-Gemeinden und Top-Kommunalpolitiker."

Auch in kleinen und kleinsten Gemeinden werde Großartiges geleistet, würdigte der Landeshauptmann die Arbeit in den Kommunen. Mit Hilfe des Landes investieren die niederösterreichischen Gemeinden pro Jahr rund 700 Millionen Euro, sie schaffen damit für ihre Bürger mehr Lebensqualität, Sicherheit, Geborgenheit und Zusammenhalt. "Kurzum", so der Landeshauptmann, "sie geben ‚Heimat‘ im besten Sinn des Wortes. Und sie sind damit auch ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor."

Die Parteipolitik spiele in dieser Partnerschaft überhaupt keine Rolle, stellte Pröll fest: "Ob ein Bürgermeister von der ÖVP, von der SPÖ oder von einer Namensliste kommt, ist mir egal, entscheidend ist die Arbeit für die Bürger." Er dankte allen Bürgermeistern, Gemeindevorstehern und Gemeindebediensteten für ihren Einsatz, ihr Engagement und ihrem Idealismus.

"Das größte Bundesland ist zugleich das Land mit den meisten Gemeinden", unterstrich der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, das Gewicht Niederösterreichs in der kommunalen Interessenvertretung. Im September werde der 50. Österreichische Gemeindegtag in Wiener Neustadt stattfinden, und dieser Jubiläumsgemeindegtag werde ganz im Zeichen der EU-Erweiterung stehen, also eines Themas, das Niederösterreich besonders betrifft. Der Gemeindebundpräsident sprach dem Land auch ein besonderes Lob aus: Niederösterreich ist das einzige Bundesland, das darauf verzichtet hat, von den Gemeinden die Landesumlage einzuheben. Es gebe damit seinen Gemeinden mehr finanzielle Ellbogenfreiheit, die diese im Interesse der Bürger nützen.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung
Pressestelle
Tel.: 02742/9005-12180

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0027 2003-04-06/12:30

061230 Apr 03

OTS0020 5 II 0368 NSN0001

So, 23.Feb 2003

Politik/Kommunales/Niederösterreich

Niederösterreichischer Gemeindetag wählte neuen Präsidenten

Utl.: Bgm. Bernd Vögerle tritt Nachfolge von Bgm. Anton Koczur an =

St. Pölten (SPI) - Bei der 24. ordentlichen Vollversammlung des NÖ Gemeindetages des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Niederösterreich (GVV NÖ) am Samstag, den 22. Februar 2003, kam es zu einem Wechsel an der Spitze. In geheimer Wahl wurde der Gerasdorfer Bgm. und langjähriger Direktor des GVV NÖ, Bgm. Bernd Vögerle, von 300 Delegierten einstimmig zum Nachfolger von Anton Koczur gewählt, der nach mehr als 8 Jahre an der Spitze des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes sein Amt zurücklegte. Anton Koczur wurde von den Delegierten mit Standing Ovations verabschiedet, sein Nachfolger bedankte sich für das große Vertrauen, "welches ein klarer Arbeitsauftrag für die Zukunft sei, die erfolgreiche und engagierte Arbeit Anton Koczurs fortzusetzen." Koczur wurde per Akklamation zum Ehrenpräsidenten des GVV NÖ gewählt.****

Bernd Vögerle, geboren am 2. Mai 1946, wohnhaft in Gerasdorf bei Wien, wo er seit 1990 auch die Funktion des Bürgermeisters bekleidet, ist seit 1988 im GVV NÖ tätig; am 1. Oktober 1999 wurde er zum Direktor des Verbandes bestellt. Für Hobbys bleibt Vögerle wenig Zeit, trotzdem ist ihm die Mitarbeit im Dienst der Freiwilligen Feuerwehr ein besonderes Anliegen, auch spielt er gerne in der Laien-Theatergruppe in Kleinstrollen mit. "Zur Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben kann ich auf ein Fundament von mehr als 3800 engagierten sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen im ganzen Land bauen", so Vögerle in seiner Antrittsrede. Er freue sich auf die Zusammenarbeit im Präsidium und im Landesvorstand und er werde die erfolgreichen Aktivitäten des GVV und der Gemeinden im Sinne des scheidenden Präsidenten Anton Koczur mit gleichem Engagement fortsetzen.

LHStv. Heidemaria Onodi dankte Präsident Koczur für die "erfolgreiche und engagierte Arbeit im Sinne sozialdemokratischer Politik in den Gemeinden, im Land und in der Republik Österreich". "Anton Koczur ist nicht nur in Niederösterreich, sondern er war auch in Europa in kommunalpolitischen Ausschüssen sehr aktiv. Es ist aber kein endgültiger Abschied von Anton Koczur. Er wird weiter in maßgeblichen Wirtschaftsgremien in Niederösterreich, wie der ECOPLUS, der RIZ-HOLDING und der TECNET-COMPANY, sein großes Wissen im Interesse der Sozialdemokratie einbringen. Für seine Leistungen gebührt Anton Koczur der größte Respekt und der Dank der Niederösterreichischen Sozialdemokratie", so Onodi.

(Schluss) fa

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ
Mag. Andreas Fiala
Tel: 02742/9005 DW 12794
Handy: 0664 20 17 137
mailto:andreas.fiala@noel.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0020 2003-02-23/10:01

231001 Feb 03

OTS0137 5 II 0099 NSN0007

Di, 18.Feb 2003

Kommunales/GVV

NÖ Gemeindetag

Utl.: Wahl eines neuen Präsidenten =

St.Pölten (SPI) - Am Samstag, 22. Februar 2003, 9:30 Uhr, findet in der Stadthalle Wieselburg (Volksfestplatz) im Rahmen des NÖ Gemeindetages die 24. ordentliche Vollversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Gemeindevertreter statt.

Neben dem Wechsel an der GVV Spitze (Neuwahl des Präsidenten) steht auch ein Referat von LHStv. Heidemaria Onodi auf der Tagesordnung. Im Anschluss lädt der GVV alle Medienvertreter zu einem Pressegespräch ein.

Beginn: 12 Uhr, Gasthaus Bruckner

Ort: Wieselburg, Scheibserstr. 10

Schluss: dh

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ
Mag. Andreas Fiala
Tel: 02742/9005 DW 12794
Handy: 0664 20 17 137
<mailto:andreas.fiala@noel.gv.at>

***** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS *****

OTS0137 2003-02-18/14:15

181415 Feb 03